

 RENTE IM FOKUS

IW-Studie zu Deutschlands hohen Sozialausgaben: Fakt oder politisches Framing?

Eine neue Studie des arbeitgebernahen Wirtschaftsinstituts IW behauptet, Deutschland gebe mehr Geld für Soziales aus als die Nachbarländer. Kritiker sprechen von Lobbyismus.



Sinem Koyuncu

24.11.2025

🔄 25.11.2025, 16:42 Uhr



Einer Studie zufolge gibt Deutschland mehr Geld für soziale Sicherung aus als die benachbarten Länder.
Jens Büttner/dpa

Deutschland gibt einer Studie zufolge etwas mehr Geld für die soziale Sicherung aus als andere europäische Länder. Wie das arbeitgebernahe Institut der deutschen Wirtschaft (IW) am Montag mitteilte, entfielen im Jahr 2023 in Deutschland 41 Prozent der staatlichen Gesamtausgaben auf soziale Leistungen. Dazu zählen unter anderem die Renten-, Kranken-, Pflege- und Arbeitslosenversicherung sowie das Bürgergeld. Die Hälfte der Mittel entfällt demnach auf die Alterssicherung. Das Institut hat die Ausgaben Deutschlands für die Jahre 2001 bis 2023 untersucht.

Zu berücksichtigen ist dabei jedoch: Die Unterschiede zu den Nachbarländern sind nicht groß. Die nordischen Länder sowie die Schweiz und Österreich geben jeweils 40 Prozent für ihre soziale Sicherung aus. In den Benelux-Ländern sind es 38 Prozent. Der EU-Durchschnitt liegt bei 39 Prozent.

IW-Ökonom: „Wir sind hier großzügig“

Auch der Autor der Studie, Björn Kauder, Senior Economist für Finanz- und Steuerpolitik beim IW, machte im Gespräch mit der Berliner Zeitung darauf aufmerksam. So solle man anhand der Zahlen nicht den Trugschluss ziehen, dass Deutschland im Vergleich zu den anderen Ländern außerordentlich viel ausgibt. „Dennoch ist es wichtig zu sagen: Wir sind hier großzügig“, betonte Kauder. Was die Großzügigkeit angehe, habe man keinen Rückstand mehr zu Nordeuropa.

Den deutschen Spitzenplatz bei Sozialausgaben erklärt er sich vor allem mit dem demografischen Wandel hierzulande und weniger mit fehlender Leistungsbereitschaft oder Faulheit der Menschen. In Deutschland habe man eine vergleichsweise geringe Arbeitslosigkeit, so Kauder. Der demografische Wandel „trifft Deutschland härter als andere Länder“. Denn je größer der Anteil an Rentnern in einem Land sei, desto mehr müsse aufgewendet werden.

„Die deutsche Bevölkerung wird immer älter. Ältere Menschen ziehen außerdem auch stärkere Ausgaben im Gesundheitswesen nach sich“, sagte er. Die Zahlen belegen Kauders Aussage. Denn bei Ausgaben für das Gesundheitswesen (16 Prozent) liegt Deutschland mit den Benelux- und den nordischen Ländern gemeinsam an der Spitze.

„Je mehr Koalitionspartner beteiligt sind, desto teurer wird es“

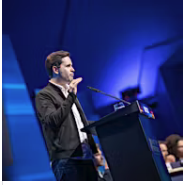
Laut Kauder befeuert auch die politische Konsensfindung die erhöhten Sozialausgaben. „Das beste Beispiel ist die tagespolitische Debatte zum Thema Rente“, erklärte er. Weiter führte Kauder aus: „Je mehr Koalitionspartner beteiligt sind, desto teurer wird es.“ So habe CDU/CSU die Mütter- sowie die Aktivrente gewollt, die SPD die Festschreibung des Rentenniveaus. „Sprich: Der eine will das, der andere will das – also machen wir alles.“ Wenn jedoch alle Reformen durchgebracht würden, stiegen auch die Sozialausgaben entsprechend.

„Man kann einen Euro nicht zweimal ausgeben“

In Politik und Medien wird oft davon gesprochen, dass der Sozialstaat in seiner jetzigen Form nicht mehr tragbar sei oder eine Reform des Bürgergelds viele Milliarden einsparen würde. Laut Kauder würden hohe Sozialausgaben die Prioritätensetzung eines Landes widerspiegeln. „Man kann einen Euro nicht zweimal ausgeben, man muss sich entscheiden“, betonte er. Dass die Sozialausgaben in Deutschland höher ausfallen als in anderen Ländern, sei in seinen Augen auch eine Erklärung dafür, dass Deutschland weniger investiert, etwa in die Infrastruktur.

Schädlich seien die hohen Ausgaben für Soziales etwa dann, wenn die wirtschaftliche

Leistung eines Landes dadurch nicht mehr aufrechterhalten werden kann. „In die Infrastruktur zu investieren, ist nachhaltig: Sie kann man nämlich auch morgen noch nutzen.“ Um einen weiteren Anstieg von Sozialausgaben zu unterbinden, ist es Kauder zufolge wichtig, keine neuen Reformen zu beschließen. Darunter fällt für ihn etwa auch die derzeit debattierte Rentenreform von Schwarz-Rot.



Zukunft der CDU: Johannes Winkel als rebellischer Hoffnungsträger?

Politik 20.11.2025



Was das neue Rentenpaket für Bürger wirklich bedeutet

Politik 17.11.2025



Im Bereich Bildung liegt Deutschland mit zuletzt 9,3 Prozent der Gesamtausgaben hingegen ganz hinten. Österreich und die Schweiz liegen der Studie zufolge mit fast 50 Prozent deutlich darüber. Auf die Frage, wieso Deutschland das Schlusslicht in Sachen Bildungsausgaben ist, hatte Kauder keine genaue Antwort parat. Er erklärte, dass Deutschland mit seinen Bildungsausgaben nah am EU-Durchschnitt liege. Die Vergleichsländer würden dagegen außerordentlich viel für Bildung ausgeben, was zu Deutschlands hinterem Platz führe.

Grafik: BLZ. Quelle: IW-Studie

Grafik: BLZ. Quelle: IW-Studie

„Das IW ist eine Lobbyeinrichtung der deutschen Wirtschaft“

Einer, der die jüngste IW-Studie kritisch einordnet, ist der Politologe und Armutsforscher Christoph Butterwegge. Auf Anfrage der Berliner Zeitung fand er klare Worte: „Das IW ist eine Lobbyeinrichtung der deutschen Wirtschaft, die ein Interesse daran hat, die Unternehmen von Sozialabgaben zu entlasten, und den Sozialstaat deshalb eher als gefräßiges Ungeheuer darstellt. Das ‚gewünschte‘ Ergebnis ist dann auch bei der ‚Studie‘ herausgekommen“, sagte er.

Butterwegge, 2017 Präsidentschaftskandidat der Linken, wies darauf hin, dass sämtliche derzeit diskutierten Reformvorschläge die Altersarmut verschärfen würden. Er meint damit

unter anderem die Erhöhung des gesetzlichen Renteneintrittsalters, die Absenkung des Sicherungsniveaus vor Steuern auf unter 48 Prozent durch eine Wiederbelebung des Nachhaltigkeitsfaktors sowie die Kopplung der Renten an die Inflation statt an die Lohnentwicklung. „Das ist leider in der hysterischen Diskussion über die Neuordnung der Altersvorsorge bisher überhaupt kein Thema.“ Dabei drohe schon jetzt eine „Reseniorisierung“ der Armut. Damit meint Butterwegge: Vor allem Alte seien von Armut betroffen.

„Die jungen Leute werden hinter die Fichte geführt“

An diesem Punkt wird für den Forscher ein grundlegendes politisches Prinzip sichtbar: Obwohl die Bevölkerung immer älter wird, gelte seit Jahren das Dogma der Beitragssatzstabilität. Dieses Prinzip nutze in erster Linie den Arbeitgebern, deren gesetzliche Lohnnebenkosten auf diese Weise nicht steigen sollen, um den Wirtschaftsstandort Deutschland international konkurrenzfähig zu halten.

Für die jüngere Generation hingegen bedeutet dieses Prinzip eine erhebliche Belastung. Sowohl die Absenkung des Rentenniveaus als auch die Anhebung des gesetzlichen Renteneintrittsalters schadeten vor allem den nachwachsenden Generationen. „Diese, nicht die jetzigen Rentner, müssten künftig länger arbeiten, bis sie in den Genuss der Altersrente kommen, und jahrzehntelang mit einer nicht auskömmlichen Rentenzahlung vorliebnehmen.“

Aus Butterwegges Sicht werden die jungen Leute mit der Forderung nach „mehr Generationengerechtigkeit hinter die Fichte geführt“. Er plädiert stattdessen für eine Ausweitung des Versichertenkreises, etwa durch die Einführung einer solidarischen Bürger- oder Erwerbstätigenversicherung.

Dieser Artikel wurde auf berliner-zeitung.de veröffentlicht.